



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/21 - 25. Januar 1957  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21881-23  
Fernschreiber 0886890

Zum FDP-Parteitag in Berlin	S. 1
Wirtschaftsverhandlungen Warschau-Washington	S. 3
Die Lage der Werkstudenten	S. 5
Anhang: Kommuniqué der Führungsgremien der SPD	

## Reinhold Maier's Rückkehr

RE.- Eine Erinnerung drängte sich auf, als der Alte aus dem Benstal mit 223 von 226 gültigen Stimmen gewählt - der höchsten, die je ein Parteivorsitzender der FDP erreichte - beifallumrauscht die Tribüne erklimmt: Die Erinnerung an den FDP-Parteitag 1952. Reinhold Maier hatte diesen Parteitag bereits am Vortage seines Beginns beendet und in Mainz vor den liberalen Studenten seiner Partei den Fehdehandschuh hingeworfen, wenn nicht gar den schwäbischen Gross entboten. Der Grund des Zerwürfnisses mutet heute wie Chronik an, denn es war seine Koalition mit der SPD in Baden-Württemberg. Viele der damaligen Delegierten kamen jetzt in Berlin wieder, und vielleicht hat Reinhold Maier an sie gedacht, als er davon sprach, dass er das "Hosianna" und "Kreuzige ihn" schon oft vernommen habe.

Aber wer will schon über die Vergangenheit richten, wenn es um die Zukunft geht. Welches ist der Weg, der in die Zukunft der FDP führt? Der erste Tag des Berliner Parteitages hat diese Frage - von Stimmungsmässigen abgesehen - noch nicht schlüssig beantwortet. Vielleicht die deutlichsten Konturen zeigt die Aussenpolitik, denn von der Formulierung Dr. Mendes "man kann nicht erwarten, dass die Sowjets ihren Standort, die Sowjetzone, aufzugeben, um die NATO zu stützen" bis zum von der SPD angestrebten kollektiven Sicherheitssystem anstelle der Militärblöcke ist nur noch ein winziger Schritt. Mit welchen Partnern aber die FDP dieses Ziel erreichen will - und die Wiedervereinigungsfrage hat in Berlin die eindeutige Priorität -

bleibt nach wie vor offen, wenngleich zwischen den Drei-Königs-Referat und der persönlichen Antrittsrede Reinhold Maiers deutliche Akzentverschiebungen sichtbar sind und auch die Wahl von Willi Max Rademacher statt des Finanzministers von Rheinland-Pfalz, Nowack, als stellvertretenden Bundesvorsitzenden, als Symptom gewertet werden kann.

Aber wer möchte es dieser Partei im Augenblick ankreiden, wenn sie nicht sagt, wer nach dem September 1957 ihr Partner sein soll? Die taktische Überlegung der FDP, dass jede Koalitionserklärung auf Vorschuss einen neuen Richtungsstreit entfesseln kann, ist zumindest verständlich, während vielleicht nach dem Wahlkampf das Gewicht der vom Wähler geschaffenen Tatsache - man denke an die Kur-Faktiker - herartige Überlegungen gegenstandslos machen könnten.

Die Frage ist, ob der Wähler diese Ungewissheit weiter in Kauf nimmt. Wenn der Bundeswahlkampfleiter, Wolfgang Döring, davor sprach, dass erstmalig in diesem Wahlkampf die innenpolitische Alternative im Bewusstsein der Wähler vorhanden ist, dann ist eben auch diese Formulierung doppeldeutig. Meint er Nordrhein-Westfalen oder die in Berlin nicht mehr so beschriebene "schwarz-rote Gefahr"? Die FDP muss selbst entscheiden, ob sie diese Unklarheit für den Wähler bestehen lassen will. Vielleicht wird der Wähler schon vor dem Wahltag eine Antwort auf diese Frage erzwingen.

Aber noch ist dieser Parteitag nicht beendet, das Wahlprogramm nicht verabschiedet und die politische Rede des Parteivorsitzenden noch nicht gehalten. Da man den Tag nicht vor dem Abend loben soll, wartet man besser ab. Zumindest ist zu erwarten, dass Maier in wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen eine Abgrenzung von den Sozialdemokraten vornimmt, die sicherlich nicht nur von fachlichen Kolliven bestimmt ist.

Sonst hat der bisherige Verlauf des FDP-Parteitages in Berlin - wie vorausgesagt - keine Überraschungen gebracht. Ebenso wie in Stuttgart will die FDP auch in Berlin der Öffentlichkeit den Eindruck vermitteln, eine stabile Partei zu sein, die ihr Wort bei der kommenden Entscheidung mitzuführen hat.

Neues Politikum ersten Ranges

Von einem gelegentlichen diplomatischen Mitarbeiter

In wenigen Tagen wird sich voraussichtlich eine offizielle polnische Delegation nach den USA begeben, um dort über die Möglichkeit langfristiger amerikanischer Kredite für Polen zu verhandeln. Wie es heisst, beträgt der Dollarbedarf Polens 500 Millionen; das sind etwa 2,1 Milliarden DM. Wenn Polen die amerikanische Kredithilfe annimmt, steht die Welt vor einem neuen Politikum ersten Ranges.

Präsident Eisenhower und Aussenminister Dulles hatten bereits im Herbst vergangenen Jahres - also auf dem Höhepunkt der polnischen Aufstandsbewegung - erklärt, die Vereinigten Staaten seien bereit, Polen wirtschaftlich "ohne jede politische Bedingung" zu helfen. Das Echo aus Warschau war positiv. Jetzt, nach den Wahlen in Polen, scheint Gomulka entschlossen zu sein, das amerikanische Hilfsangebot anzunehmen. Polen wäre damit der erste, im Machtbereich der Sowjetunion stehende Staat, der eine amerikanische Wirtschaftshilfe annimmt. Bekanntlich hatten die Vereinigten Staaten schon vor Jahren auch den Staaten im Ostblock die Marshallhilfe angeboten. Dieses Angebot wurde mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Ostblockstaaten erklärten damals, sie wollten sich nicht auf dem Wege über eine Wirtschaftshilfe aus Amerika in die "politische Abhängigkeit des amerikanischen Imperialismus" begeben. Spätere Versuche der Vereinigten Staaten, durch wirtschaftliche Beziehungen zu normalen Kontakten mit den Ostblockstaaten zu gelangen, scheiterten ebenfalls.

Bei dem jetzigen Vorgang ist die zur Diskussion stehende Dollar-Summe nicht entscheidend. Die Tatsache des Stattfindens von Verhandlungen zwischen den USA und Polen muss politisch gewertet werden. Zunächst dürfte feststehen, dass Moskau nichts gegen die Verhandlungen zwischen Warschau und Washington einzuwenden hatte oder einwenden konnte. Nach Lage der Dinge ist also anzunehmen, dass Warschau die Kreditverhandlungen mit Washington in Einverständnis mit Moskau führt. Umgekehrt darf vermutet werden, dass die offizielle amerikanische Aussenpolitik gewillt ist, die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten mit friedlichen Mitteln zu fördern. Was seitens der Vereinigten

25. 1. 1957

Staaten schon vor Jahren einem Tito zugebilligt wurde, wird jetzt auch einem Gomulka angeboten.

Wie verlautet, soll sich der Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau vorgewissert haben, dass wegen polnisch-amerikanischer Wirtschaftsverhandlungen in der Sowjetunion keine Bedenken erhoben werden. Wenn das zutrifft, darf man aus dem Resultat der "Anfrage" des amerikanischen Botschafters in Moskau schliessen, dass Moskau und Washington Wert auf eine stärkere wirtschaftliche Fühlungnahme zwischen der westlichen und östlichen Welt legen. Die Konsequenz dieser Einstellung wäre der beiderseits zum Ausdruck gebrachte Wille - trotz der letzten Reden Chruschtschows - Entspannungstendenzen zu fördern und den Rückweg zum Kalten Krieg zu verbarrikadieren.

Aus Prag und Bukarest liegen ebenfalls Meldungen vor, wonach auf wirtschaftlicher Ebene Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten angebahnt werden sollen. Auch in diesen Fällen ist bezeichnend, dass von einem Protest Moskaus nichts bekannt geworden ist.

In diplomatischen Kreisen der Westmächte wird im Zusammenhang mit diesen Meldungen ein gewisses Erstaunen darüber nicht verhehlt, dass die Bundesregierung Gerüchte über deutsch-polnische Verhandlungen zum Zweck der Errichtung einer deutschen Handelsmission in Warschau energisch dementiert hat. Man kann sich nicht vorstellen, dass die Bundesregierung darauf verzichtet, normale Wirtschaftsbeziehungen zu Polen anzubahnen, während die Vereinigten Staaten ganz offiziell sogar über eine Wirtschaftshilfe für Polen verhandeln. Das offizielle Warschau hat sich über das Berner Dementi ebenfalls gewundert. Dort gab man der Befürchtung Ausdruck, dass gewisse politische Kreise in Bonn vermutlich die Absicht haben, die Atmosphäre des Kalten Krieges in jedem Falle zu erhalten, um aus innenpolitischen Gründen die Fiktion der sogenannten Politik der Stärke aufrechterhalten zu können.

### Die Folgen bezahlt die Gesamtheit

D.Str.- Wir wissen aus der Geschichte der klassischen Staaten des Altertums, dass ihr Niedergang in dem Moment begann, als die ersten Menschen in den Hintergrund traten, krassester Materialismus und das Laster die Stunde regierten.

Wir wissen aus der Geschichte, dass man einst dem deutschen Volke den Ehrentitel verlieh, ein Volk der "Dichter und Denker" zu sein.

Und nun wissen wir aus der Gegenwart, dass nur jeder zweite Erwachsene in Westdeutschland ein Buch sein Eigentum nennt. Wir wissen auch, dass der Nobelpreisträger für Medizin 1956, der deutsche Arzt Dr. Forßmann, seine Versuche nahezu ohne jede Unterstützung seitens des Staates durchführen musste. Wir wissen nach der dritten Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, dass sich die breite Masse der rd. 140 000 Studenten mühsam durch die lange Ausbildungszeit hindurchschleppt und die Lücken in ihrem Etat durch Verdienst aus Verkarbeit füllt. Neben der Vernachlässigung des Studiums stellten sich erhebliche gesundheitliche Schäden ein.

Die Behauptung, den Studenten ginge es heute nicht besser, als vor fünf Jahren, wird vielleicht auf Widerspruch stossen, da der äussere Schein gegen diese Aussage spricht. Und doch vollzieht sich dieses Leben vor den Hintergrund einer gewaltsamen und gefährlichen Anstrengung der Studenten, unter einer Kräfteverschleiss, dessen Folgen nicht nur der Einzelne, sondern auf lange Sicht die Gesamtheit zu bezahlen hat.

Diese Einsicht der studentischen Sozialarbeit scheint allerdings noch nicht Allgemeingut der Prüfungskommissionen an den Universitäten und Staatlichen Prüfungsämtern geworden zu sein, denn nicht selten kommt es vor, dass man den Werkstudenten mit der lapidaren Begründung, man könne nicht zwei Herren dienen, die Unzulänglichkeit ihrer Examensleistung bescheinigt.

Selbst der Student, der von seinen Eltern einen Monatswechsel von 100.-- DM erhält, ist nicht in der Lage, bei der stetigen Teuerung

sein Leben zu fristen. Eine regelmässige Verpflegung in den Gaststätten ist ihm nicht möglich, und das Essen der studentischen Gemeinschaftstische, das subventioniert wird, kann natürlich niemals die notwendigen Kalorien beinhalten, die gebraucht werden, um ein Universitätsstudium in steter geistiger Firsche durchzuhalten. Die Lage der Werkstudenten auf Zeit oder während des ganzen Studiums bedarf daher in diesem Rahmen keiner besonderen Erörterung, da es für sich selbst spricht.

Nach den heutigen Anforderungen muss der Student sich während des ganzen Tages mit seinem Stoff befassen können; ein blosser Überblick zeigt schon, dass dies heute eine Illusion ist. Erfolg: 36 Prozent aller Werkstudenten bestehen nicht ihr Examen. Zwar ist die Zahl der Werkstudenten ein wenig zurückgegangen, aber die Tatsache, dass sie für ein Kulturvolk des Abendlandes noch sehr hoch ist (46 589), ist eine ausreichende Begründung, um den Tadel auszusprechen, dass die Regierung Adenauer in den 8 Jahren ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der Wissenschaft und Forschung ein Versager war. Darüber können auch nicht die beschönigenden und <sup>auf</sup>falschen Relationen beruhenden Argumente des Bundesinnenministers hinwegtäuschen. Der äusserere Schein des deutschen Wirtschaftswunders stellt nichts anderes als eine Fassade des Glanzes vor der schlechten Situation dar, mit der sich seit 1949 die westdeutsche Intelligenz abfinden muss.

- + -

### Was gilt ein Ministerwort ?

sp.-Bei der Übernahme des Wohnbauministeriums hatte Minister Preußker erklärt, sein Ziel sei es, innerhalb von vier Jahren sein Ministerium überflüssig zu machen. Die vier Jahre neigen sich dem Ende zu. Entgegen der Voraussage Preußkers wird jedoch auch in der dritten Bundesregierung ein Wohnbauministerium nötig sein. Die trockene Bilanz beinahe vierjähriger Ministertätigkeit Preußkers schliesst mit dem Ergebnis: Es fehlen für das nächste Jahr die Mittel zur Erstellung von 200 000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues. Insgesamt werden noch weitere drei Millionen Wohnungen benötigt, um alle Bedürftigen und Wohnungssuchenden menschenwürdig unterzubringen.

Was gilt nun ein Ministerwort ? Vielleicht kann die DP, zu deren neuesten Eroberung Preußker als Minister ohne Anhang gehört, diese Frage beantworten.

- + -

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel

25. 1. 1957

### K o m m u n i q u é

Über die Sitzung der Führungsgremien der SPD

Sicherheit für alle !

Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der SPD haben in ihrer am 22. bis 24. Januar 1957 stattgefundenen Tagung in Bonn unter Vorsitz von Erich Ollenhauer die Vorbereitungsarbeiten für den Bundestagswahlkampf erörtert und beschlossen, im Juni in einer oder mehreren grossen Kundgebungen die Leitsätze der SPD zur Bundestagswahl zu veröffentlichen.

Der Parteivorstand beschloss ferner, in Berlin ein Büro zur Vorbereitung seiner Übersiedlung in die Hauptstadt Deutschlands einzurichten.

In einer von Fritz Heine gegebenen Analyse der Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern und der Ergebnisse der Meinungsforschung wurde festgestellt, dass die SPD einen entscheidenden Zuwachs an Wählerstimmen auch in den Gegenden erhalten habe, die bisher als Hochburgen der CDU galten. Die Beschlüsse des Münchener Parteitages haben in der deutschen Öffentlichkeit einen starken Eindruck hinterlassen. Die Tatsache, dass die SPD als erste und einzige politische Partei das Problem der "Zweiten industriellen Revolution" zum Gegenstand ihrer politischen Überlegungen und Aktionen gemacht hat, führte zu sichtbaren Erfolgen, besonders in denjenigen Bevölkerungsschichten, die bisher der SPD gleichgültig oder sogar ablehnend gegenüberstanden.

Das Vorstandsmitglied Max Kukil wies in seinem Bericht über den Stand der Organisation auf den ausserordentlichen Mitgliedszuwachs im letzten Quartal 1956 hin.

Das Vorstandsmitglied Walter Mewald berichtete über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion.

Sowohl im politischen Referat Erich Ollenhauers wie auch in der Analyse zu den Wahlvorbereitungen von Fritz Heine wurde unter Zustimmung der Führungsgremien der SPD eindeutig festgestellt, dass die Partei im Interesse der nationalen Einheit unseres Volkes jede Unfairness im Wahlkampf mit aller Entschiedenheit zurückweisen werde. Die Sozialdemokratie wird den Wahlkampf in diesem Jahre unter dem Motto "Sicherheit für alle durch friedliche Wiedervereinigung, soziale Gerechtigkeit und geistige Freiheit" führen.

Die von Erich Ollenhauer in einem grossangelegten politischen Referat entwickelten Thesen zur deutschen Innen- und Aussenpolitik wurden von der Konferenz einstimmig gebilligt.